



Freitag, 25. Oktober 2019, 16:00 Uhr
~6 Minuten Lesezeit

Die Financiers des Massenmordes

Die Schweiz zieht nicht in den Krieg, sie finanziert ihn — mit Investitionen von fast 9 Milliarden Dollar in Atomwaffen.

von Heinrich Frei
Foto: Oleksiy Mark/Shutterstock.com

Die Schweiz gilt als neutrales Land. Für Banken wie die Crédit Suisse gilt diese Neutralitätspflicht offenbar nicht. Sie schlagen sich beharrlich auf die Seite des großen Geldes. Ob sie nun in Schokolade, Büroklammern oder Massenvernichtungswaffen investieren — das ficht die Finanzjongleure nicht an. Nun machte die Crédit Suisse durch einen merkwürdigen Vorfall von sich reden. Sie ließ einen ehemaligen Mitarbeiter durch ein Detektivbüro beschatten. Was war an dem Mann so gefährlich

gewesen?

Der Chef der Crédit Suisse, CEO Tidjane Thiam (57) will nichts davon gewusst haben, dass sein früherer Top-Mann Iqbal Khan (43) von einem Detektivbüro beschattet worden ist. Der Karikaturist Patrick Chappatte kommentierte die Überwachung durch Crédit Suisse in „Le Temps Suisse“ ironisch: „Die gute Nachricht: Sie wurden nicht von den amerikanischen Steuerbehörden verfolgt.“

Die beiden Top-Bankmanager der Crédit Suisse, die nebeneinander in einer Villa an der Goldküste am Zürichsee logieren, hatten sich vorher arg zerstritten. Der Starbanker Iqbal Khan kündigte kürzlich seinen Job bei der Crédit Suisse und wurde von der Bank UBS engagiert. Nach seinem Weggang wurde er von Detektiven im Auftrag der Crédit Suisse überwacht, weil man dort befürchtete, er würde Spitzenleute seines früheren Arbeitgebers abwerben.

Iqbal Khan bemerkte bei der Fahrt zum Shopping mit seiner Frau, dass er beschattet wurde. Er versuchte, seine Verfolger abzuschütteln. Doch das misslang. Beim Restaurant Metropol in Zürich stieg Kahn aus und fotografierte das Nummernschild des Wagens, der ihm folgte. Seine drei Verfolger versuchten dann vergeblich, ihm sein Handy zu entreißen. Tragisch ist, dass ein Mann, der die Organisation dieser Überwachungs-Operation an das Detektivbüro vermittelt hatte, sich das Leben nahm. Ich finde diesen Suizid unverständlich.



Abbildung 1: Ex-Top-Mann der Crédit Suisse (CS) Iqbal Khan (43) und CEO der CS Tidjane Thiam (57), Blick vom 2. Oktober 2019 (Foto: Heinrich Frei)

Die „alltäglichen“ Geschäfte der Schweizer Banken

Bei all den Details, die die Medien nun zum Überwachungs-Debakel der Crédit Suisse dokumentieren, geraten „alltägliche“ Geschäfte der Großbanken in Vergessenheit, Business, das keine Schlagzeilen macht. Zum Beispiel die Investitionen der Crédit Suisse, der UBS und auch der Schweizerischen Nationalbank in Unternehmen, die an der Produktion von Atombomben beteiligt sind. Diese Geldanlagen dokumentierte die Organisation ICAN, die internationale Kampagne zur atomaren Abrüstung. ICAN erhielt 2017 den Friedensnobelpreis für ihre weltweiten Bemühungen zur Abrüstung.

Schweizer Banken investieren 8,984 Milliarden Dollar in die Atomwaffensparte

Die UBS, die Schweizerische Nationalbank und die Crédit Suisse kurbeln das nukleare Wettrüsten mit ihren Investitionen in Firmen an, die an der Produktion von Atombomben beteiligt sind. Sie gefährden mit ihrer kurzsichtigen Anlagepolitik auch unsere Sicherheit. Unter den im Atomwaffenbericht der ICAN erfassten Schweizer Finanzinstituten belegt die UBS, wie schon in früheren Jahren, den Spitzenplatz mit Investitionen im Wert von 6,316 Milliarden US Dollar, gefolgt von der Schweizerischen Nationalbank (1,314 Milliarden Dollar), der Crédit Suisse (1,313 Milliarden Dollar) und Fisch Asset Management (41 Millionen Dollar). Alle erfassten Schweizer Banken zusammen haben 8,984 Milliarden Dollar in die Atomwaffensparte investiert. Im Vergleich zum vorherigen Bericht von ICAN hat der Wert der Schweizer Investitionen um 87 Prozent zugenommen (1, 2).

Verbieten wir Nuklearwaffen ... weil Unglücke passieren.

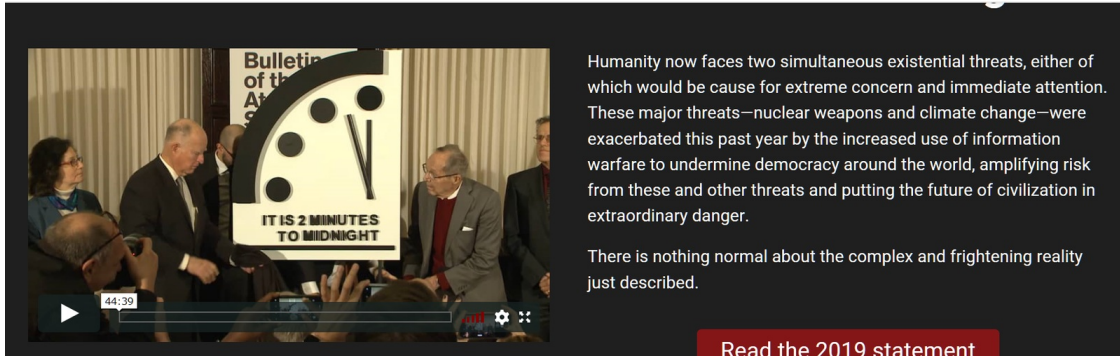
Eine weltweite atomare Abrüstung wäre absolut notwendig. Denn schon mehrmals ist die Welt in den letzten 60 Jahren in den letzten Minuten an einem nuklearen Schlagabtausch der Großmächte vorbeigeschlittert. Schon die Explosion von 100 Atombomben würde einen nuklearen Winter auslösen, gefolgt von Hungersnöten.



Abbildung 2: Nukleare Explosion, Bild Sputnik

Investitionen in Firmen, die konventionelles Kriegsmaterial herstellen

Die Crédit Suisse, die UBS, die Schweizerische Nationalbank, wie Versicherungen und Pensionskassen der Schweiz, auch die Pensionskasse der Stadt Zürich, investieren auch in Firmen, die konventionelles Kriegsmaterial herstellen, wie Panzer, Jets, Kanonen, Bomben und Granaten. Der Bedarf an solchem Kriegsmaterial ist groß, seit nach der 9/11 False Flag Operation die furchtbaren Kriege in Afghanistan, dem Irak, in Somalia, in Mali, Libyen, in Syrien und so weiter begannen, Kriege, die dutzende Millionen Menschen zu Flüchtlingen machten. Banken helfen selbstverständlich auch mit, Exporte von Kriegsmaterial zu finanzieren.



Humanity now faces two simultaneous existential threats, either of which would be cause for extreme concern and immediate attention. These major threats—nuclear weapons and climate change—were exacerbated this past year by the increased use of information warfare to undermine democracy around the world, amplifying risk from these and other threats and putting the future of civilization in extraordinary danger.

There is nothing normal about the complex and frightening reality just described.

[Read the 2019 statement](#)

Abbildung 3: Bei der Atomkriegsuhr (3) ist es zwei Minuten vor Mitternacht, vor dem Auslöschen der Menschheit durch einen Atomkrieg, trotzdem werden Milliarden in die Atomwaffenindustrie investiert.

Was wurde bisher politisch in der Schweiz unternommen gegen die Finanzierung der Atomwaffenproduktion durch helvetische Finanzinstitute?

27. September 2017: Interpellation von Balthasar Glättli im Nationalrat (4)

Nationalrat Balthasar Glättli:

„Ist der Bundesrat bereit, Investitionen in Atomwaffen bei Pensionskassenanlagen im eigenen Einflussbereich zu verhindern oder allgemein gesetzlich zu verbieten? (...) Ist der Bund bereit, im Rahmen seiner Einflussmöglichkeiten anzustreben, dass sämtliche Atomwaffenproduzenten aus den Anlageuniversen von Pensionskassen ausgeschlossen werden, auf deren Anlagerichtlinien er (mit) Einfluss hat?“ ... und so weiter.

8. November 2017: Stellungnahme des Bundesrates zur

Interpellation Glättlis

Schweizer Bundesrat:

„Die Pensionskassen haben ihren Auftrag, Vorsorgeleistungen zu erbringen und hierfür auf ihrem Vermögen eine marktkonforme Rendite anzustreben, im Rahmen der geltenden Ordnung zu erfüllen. Der Bund hat keine direkten Einflussmöglichkeiten. Die vom Bundesrat in die Kassenkommission Publica gewählten Arbeitgebervertretenden stimmen grundsätzlich ohne Instruktion. Die Vermögensanlage ist auch bei den übrigen erwähnten Einrichtungen nicht eine Aufgabe des Bundesrates“ und so weiter (auch 4).

Heute wird es Pensionskassen erlaubt, in atomare Waffen zu investieren, sofern das betroffene Land zu den Ländern gehört, die als Atomwaffen-Staaten definiert sind, wie die USA, Großbritannien, Russland, Frankreich und China, obwohl dies eine ganz abwegige Interpretation des Kriegsmaterialgesetzes durch den Bundesrat ist. (6)

Eigentlich ist nach dem Bundesgesetz über das Kriegsmaterial „die direkte Finanzierung der Entwicklung, der Herstellung oder des Erwerbs von verbotenem Kriegsmaterial verboten“. Das sind „Kernwaffen, biologische oder chemische Waffen (ABC-Waffen)“ (5) Im Gesetz ist nicht davon die Rede, dass es erlaubt ist, Firmen in anerkannten Atomwaffenstaaten zu finanzieren, die an der Produktion von nuklearen Sprengkörpern beteiligt sind.

20. Juli 2018: Kriegsgeschäfte-Initiative eingereicht

Die Kriegsgeschäfte-Initiative ist am 20. Juli 2018 mit 104.612 gültig beglaubigten Unterschriften offiziell zustande gekommen. Die Initiative verlangt, dass jegliche Art von Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten durch die Schweizerische Nationalbank (SNB) und Institutionen der staatlichen und beruflichen Vorsorge verboten wird. „Dass mit unserem Geld Kriegsmaterial hergestellt

wird, mit dem an zu vielen Orten auf Menschen getötet werden, will niemand mehr akzeptieren“, so auch Judith Schmid, Sekretärin der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GsoA) (6, 7).

Wie zu erwarten war, lehnte der Bundesrat, die siebenköpfige Schweizer Regierung, die Kriegsgeschäfte-Initiative ohne Gegenvorschlag ab. Wie die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GsoA) feststellte, verkennt damit der Bundesrat nicht nur die Notwendigkeit eines Umdenkens in Sachen Finanzanlagen, sondern auch den klaren Unwillen der Bevölkerung, dass ihre Pensionskassengelder in tödliche Industrien fließen (8).

Nach der Behandlung der Kriegsgeschäfte-Initiative durch die eidgenössischen Räte, durch den National- und Ständerat wird dann der Termin der Volksabstimmung festgelegt.



Quellen und Anmerkungen:

- (1) https://www.dontbankonthebomb.com/wp-content/uploads/2019/06/2019_HOS_web.pdf
(https://www.dontbankonthebomb.com/wp-content/uploads/2019/06/2019_HOS_web.pdf)
- (2) <https://www.icanswitzerland.ch/schweizer-banken-finanzieren-massenvernichtung-ein-untragbares-sicherheitsrisiko/> (<https://www.icanswitzerland.ch/schweizer-banken-finanzieren-massenvernichtung-ein-untragbares-sicherheitsrisiko/>)
- (3) <https://thebulletin.org/doomsday-clock/past-statements/>
(<https://thebulletin.org/doomsday-clock/past-statements/>)
- (4) <https://www.parlament.ch/DE/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20173764>
(<https://www.parlament.ch/DE/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20173764>)
- (5) <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19960753/index.html>
(<https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19960753/index.html>)
- (6) <https://kriegsgeschaefte.ch/der-initiativtext/>
(<https://kriegsgeschaefte.ch/der-initiativtext/>)
- (7) https://www.gsoa.ch/press_release/kriegsgeschaefte-initiative-offiziell-zustande-gekommen/
(https://www.gsoa.ch/press_release/kriegsgeschaefte-initiative-offiziell-zustande-gekommen/)
- (8) https://www.gsoa.ch/press_release/mutloser-bundesrat-verkennt-wille-der-bevoelkerung/
(https://www.gsoa.ch/press_release/mutloser-bundesrat-verkennt-wille-der-bevoelkerung/)

Dieser Artikel erschien bereits auf www.rubikon.news.



Heinrich Frei, Jahrgang 1941, ist Architekt und beteiligt sich in der Schweiz an verschiedenen friedenspolitischen Initiativen. Er arbeitet ebenfalls bei **Swisso Kalmo** (<http://www.swisso-kalmo.ch/>) mit.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International** (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.